

**Niederschrift zur 6. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für die Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Vegesack am 24. Mai 2018 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, 1. Etage, Gerhard-Rohlf's-Str. 62. 28757 Bremen**

**Beginn:** 17.00 Uhr  
**Ende:** 18.15 Uhr

**Vorsitzender:** OAL Herr Dornstedt  
**Schriftführerin:** Frau Zilm

**Vorgeschlagene Tagesordnung:**

1. Genehmigung der Niederschrift zur 5. Sitzung am 12.06.2017
2. Bericht zur Aufklärung der Situation des BAMF in Vegesack
3. Aktuelle Entwicklung der Übergangswohnheime im Stadtteil
4. Neu: Situation der ökumenischen Starthilfe Grohn
5. Verschiedenes

**Anwesende Mitglieder:**

Fahsing, Peter von 17.10 bis 18.10  
Kruse, Andreas  
Riskalla, Hans Albert  
Gabi Jäckel für Thasius, Christiana  
Schulte im Rodde, Christoff  
Degenhard, Cord  
Mergard, Marvin \*

\* beratendes Mitglied

**Es fehlt:**

Kurt, Sabri

**Weitere Teilnehmer:**

Herr Dedner	Stellv. Leiter des Polizeireviers Vegesack
Frau Kemker	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport
Frau Kammel	AWO – Beratungsstelle für Geflüchtete
Frau Vollmer	Ökumenische Starthilfe Grohn

sowie ca. 20 interessierte Bürger

Herr Dornstedt begrüßt die anwesenden Gäste und Ausschussmitglieder. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Die Tagesordnung wird einvernehmlich beschlossen.

**Tagesordnungspunkt 1**

Genehmigung der Niederschrift zur 5. Sitzung am 12. Juni 2017

Die Niederschrift wird wie vorliegend genehmigt.

**Tagesordnungspunkt 2**

Bericht zur Aufklärung der Situation des BAMF in Vegesack

Herr Dornstedt berichtet, dass der Ausschussprecher am 28. April 2018 per E-Mail darum gebeten hat, eine Ausschusssitzung zu planen. Die Tagesordnung wurde aufgestellt und die

Einladung verschickt. Der Senator für Inneres hat kurz darauf geantwortet, dass er nicht der richtige Ansprechpartner sei, weil das BAMF eine Bundesbehörde ist. Das BAMF wurde selbstverständlich auch eingeladen. Am heutigen Tag kam ein Brief des BAMF in dem eine Teilnahme wegen der laufenden Ermittlungen abgelehnt wird.

Herr Dornstedt schlägt vor, dass der Tagesordnungspunkt trotzdem behandelt werden sollte, um mögliche Fragen zu formulieren.

Das Nichterscheinen von Verantwortlichen des BAMF wird durch den Ausschusssprecher scharf kritisiert, im Anschluss werden folgende Fragen formuliert und beschlossen.

***Der Ausschuss für die Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Vegesack spricht sein Missfallen darüber aus, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der Einladung des Ortsamtes Vegesack zur Teilnahme an dieser Sitzung nicht gefolgt ist. In dieser Sitzung hätten allgemeine Fragen beantwortet werden können zum Thema des Verwaltungsvorganges für die Anerkennung von Flüchtlingen.***

- ***Aus welchen Ländern stammen die Asylbewerber und Flüchtlinge, die sich hier beim BAMF in Vegesack anmelden?***
- ***Wie viele und welche Flüchtlinge aus dem Raum Vegesack sind von der Frage der möglicherweise unberechtigten Anerkennung betroffen?***
- ***Was werden das BAMF und der Senator für Inneres unternehmen, um hier einen Ausweg zu finden?***
- ***Der Ausschuss bekräftigt seine Einladung und lädt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in seine nächste Sitzung ein um diese und andere Fragen öffentlich zu erörtern.***
- ***Der Ausschuss bekräftigt den Beschluss des Beirates Vegesack vom 8. Oktober 2015. Die damit im Zusammenhang stehenden Fragen werden dem Schreiben angefügt.***

Die Fragen werden mit einer Enthaltung einstimmig beschlossen.

### **Tagesordnungspunkt 3**

#### **Aktuelle Entwicklung der Übergangwohnheime im Stadtteil**

Herr Dornstedt begrüßt Frau Kemker von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und Frau Kammel von der Beratungsstelle für Flüchtlinge in Bremen-Nord.

Er erinnert an die Notunterkünfte, die zeitweise in Bremen-Vegesack eingerichtet wurden und erkundigt sich, wie es mit dem Übergangwohnheim in der Steingutstraße weiter geht, wenn die vom Beirat genehmigten 5 Jahre vorüber sind.

Frau Kemker berichtet, dass in 2017 1565 Personen zugezogen sind. Für 2018 sieht die Prognose ähnlich aus. Es wird mit einem Familiennachzug von ca. 1300 Personen gerechnet. Das Blaue Dorf hat eine Baugenehmigung bis Oktober 2019. Die Möglichkeit der Verlängerung wurde seitens des Bauamtes verneint, u.a. weil die JUB Bedarfe angemeldet hat.

Das Hotel Vegesacker Bahnhofplatz wurde als Hotel bis zum 31.7.2018 angemietet. Die zweite Etage soll für wohnungslose Menschen weiterhin angemietet werden, dort finden dann 14 Personen Platz. Die anderen Etagen gehen an den Eigentümer zurück.

Es werden noch immer Wohnungen gebraucht, gerade Familien haben auf dem freien Markt schlechte Chancen Wohnraum zu finden.

Zur Frage der Abschiebezahlen konnte Frau Kemker nichts sagen, diese Frage soll dem Senator für Inneres zugeleitet werden.

Herr Degenhard kritisiert die geringen Abschiebezahlen, wenn richtig abgeschoben werden würde, gäbe es keine Wohnraumprobleme.

Außerdem kritisiert er, dass im Sozialressort keine Planung vorliegt, wo die Menschen aus dem Blauen Dorf bleiben sollen. Frau Kemker widerspricht dieser Behauptung.

Frau Kammel berichtet, dass die Beratungsstelle auf vielen Ebenen tätig ist Wohnraum zu finden. Es ist besonders schwierig für Familien und Einzelpersonen eine entsprechende Wohnung zu finden.

Herr Dornstedt richtet einen Appell an die Presse und Wohnungseigentümer, Wohnraum für Geflüchtete zur Verfügung zu stellen.

Anschließend formuliert er folgenden Beschlusstext, der einstimmig angenommen wird.

***Der Ausschuss für die Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Vegesack hat folgende Fragen an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport:***

- ***Was passiert mit dem Blauen Dorf, wenn die Nutzungszeit im Oktober 2019 ausläuft?***
- ***Wo werden die Menschen, die zur Zeit im Blauen Dorf leben ggf. untergebracht?***
- ***Welche Ergebnisse wurden während der Verhandlungen zwischen dem Sozialressort, der Jakobsuniversität und dem Bauamt Bremen-Nord erzielt?***

#### **Tagesordnungspunkt 4**

##### Situation der ökumenischen Starthilfe Grohn

Herr Dornstedt berichtet, dass die Starthilfe Grohn ihren Anfang in der Friedrich-Humbert-Straße fand. Inzwischen ist sie mehrmals umgezogen und hat ihr Domizil in der Lerchenstraße, in den Räumen des ehemaligen Supermarktes. Nun gibt es Probleme mit der Weiterbeschäftigung eines Bufdis (Bundesfreiwilligendienst). Er bittet Frau Vollmer, die Leiterin der Starthilfe Grohn, über die aktuelle Situation der Starthilfe zu berichten.

Frau Vollmer berichtet, dass die Initiative immer größer geworden ist und inzwischen über 500 m<sup>2</sup> Ladenfläche verfügt. Die Spendenbereitschaft ist nach wie vor sehr groß, sodass es für die Ehrenamtlichen kaum noch zu bewältigen ist. Pro Öffnungstag kommen 50 bis 100 Personen, die in zwei Stunden bedient werden müssen. Die Starthilfe arbeitet nur für Flüchtlinge.

Die ganze Arbeit ist nur zu schaffen, weil ein Geflüchteter in der Starthilfe mitarbeitet. Er ist ein ungemein fleißiger und kompetenter Mitarbeiter für die Starthilfe. Vor ca. eineinhalb Jahren hatte die Starthilfe die Idee ihn als Bufdi einzustellen, wovon er eigentlich keinen Vorteil hatte, denn das Taschengeld wurde zum großen Teil mit Hartz 4 verrechnet. Nun ist die Idee aufgekommen, ihn als Lazlo-Kraft zu beschäftigen. Leider stellte sich heraus, dass eine Beschäftigung im Rahmen von Lazlo nicht möglich sei, weil er als Bufdi auf dem ersten Arbeitsmarkt beschäftigt ist. Durch seine Tätig als Bufdi hat er jegliche Chance als Lazlo-Kraft zu arbeiten verspielt. Wenn Frau Vollmer und ihre Mitstreiter gewusst hätten, dass die Beschäftigung als Bufdi diese Folgen hat, hätte es solch eine Beschäftigung nie gegeben.

Herr Degenhard lobt die Arbeit der Flüchtlingshilfe ausdrücklich, bedauert aber, dass diese Hilfe nicht auch bei bedürftigen Deutschen ankommt.

Herr Mergard lobt die Arbeit der Flüchtlingshilfe ebenfalls, kritisiert aber, dass durch die Flüchtlingshilfe bedürftige Deutsche diskriminiert werden. Diese Wortmeldung führt zu heftigen Einsprüchen und wird stark kritisiert.

Andere Ausschussmitglieder loben wiederum ausdrücklich die Aktivitäten der Flüchtlingshilfe, Herr Fahsing dankt persönlich für die beispielhafte Arbeit entschuldigt sich für die negativen Aussagen in diesem Gremium. Er verlässt vor Beschlussfassung den Sitzungssaal.

Der von Herrn Dornstedt vorgeschlagene Beschlusstext wird einstimmig angenommen.

- **Der Ausschuss begrüßt die Aktivitäten der ökumenischen Starthilfe Grohn**
- **Die Senatorin für Soziales, der Senator für Arbeit und das Jobcenter werden aufgefordert, alles in ihren Möglichkeiten stehende zu tun, dass Herr Amjad Ataya weiterhin auch über den 31.07.2018 hinaus, und zwar in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis für die ökumenische Starthilfe Grohn tätig sein kann.**

#### **Tagesordnungspunkt 5**

##### Verschiedenes

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

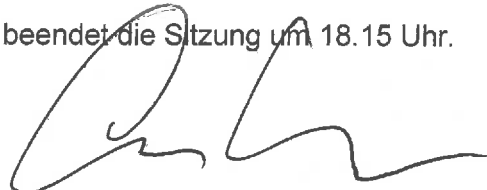
Herr Dornstedt bedankt sich bei allen Beteiligten und beendet die Sitzung um 18.15 Uhr.



Dornstedt  
Vorsitzender



Ziim  
Schriftführerin



Degenhard  
Ausschusssprecher